

!

Der VkdL fordert, dass die Politik bei allen Entscheidungen den Menschen in allen Phasen seines Lebens im Blick hat, vor allem in den Phasen, in denen er sich nicht wehren kann, keine Lobby hat und auch kein möglicher Wähler ist.

Fordern Sie
weitere Informationen
zu unserem Verband an
und
kontaktieren Sie uns!



Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V.

Hedwig-Dransfeld-Platz 4, 45143 Essen
Telefon: 02 01/ 62 30 29, Fax: 02 01/ 62 15 87
E-Mail: VkdL-Essen@t-online.de
Internet: www.vkdL.de
© VkdL 2012 — BHV

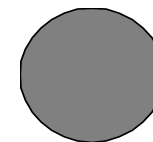
Die Entschließung kann bei
der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden!

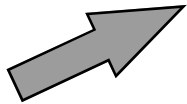
Verein katholischer deutscher Lehrerinnen
Berufsverband lehrender Frauen aller Bildungsbereiche



Mensch
und
Wirtschaftswachstum

**Auf den
Punkt
gebracht !**





Die Würde des Menschen muss Grundlage aller gesetzgeberischen Maßnahmen sein — auch im Wirtschaftsbereich

Immer wieder werden politische Entscheidungen begründet mit der Notwendigkeit, das Wirtschaftswachstum voranzubringen und Arbeitsplätze zu erhalten oder zu schaffen.

Diese Argumentation macht eine Ablehnung politischer Entscheidungen fast unmöglich und wird so zur Killerphrase.

Betrachtet man **Entwicklungen** lediglich aus dem **Blickwinkel** von „**Gewinnmaximierung**“ und „**Wirtschaftswachstum**“, so sind sie unter Umständen folgerichtig, gleichzeitig aber auch eine Verletzung unseres Grundgesetzes, das im Art. 1 die Würde des Menschen als unantastbar fest schreibt.



Beispiele:

- (1) Die Methoden der **pränatalen Diagnostik** werden zunehmend verfeinert, sodass es immer problemloser wird, Menschen, die sich nicht „für den Beitrag zum Wirtschaftswachstum“ eignen werden, bereits vor der Geburt zu vernichten.
- (2) Es wird immer drängender gefordert, kleine Kinder möglichst früh in die **staatliche Fremdbetreuung** zu geben, damit die Mütter ohne größere Unterbrechung dem Arbeitsprozess wieder zur Verfügung stehen, obschon nachgewiesen ist, dass diese Lösung langfristig nachteilige Auswirkungen hat.
- (3) **Finanzielle Leistungen an Familien**, die ihre Kinder selbst erziehen wollen, werden auf ein Minimum gekürzt.
- (4) Die **staatliche Einheitsschule** für alle Kinder ohne Rücksicht auf deren Begabungen und Neigungen steht einer Personalisierung und Individualisierung der Bürger entgegen.
- (5) Menschen, die krank und pflegebedürftig und nicht mehr in der Lage sind, zum Wirtschaftswachstum aktiv beizutragen, wird ein „**selbstbestimmter Tod**“ nahe gelegt. Die Beihilfe zum Suizid soll straffrei bleiben.

So wichtig eine gesunde Wirtschaft und genügend Arbeitsplätze für eine funktionierende Gesellschaft sind, darf die gesetzlich geschützte Würde des Menschen nicht geopfert werden.